

Zeitschrift für angewandte Chemie

I. Bd., S. 249—252

Aufsatzeil

31. Dezember 1918

Zur Jahreswende.

Von Dr. Th. DIEHL.

Das zu Ende gehende Jahr hat uns den Abschluß des blutigen Weltkrieges gebracht, und das kommende Jahr soll uns den Frieden bringen. Er wird anders aussehen, als wir ihn uns für Deutschland gedacht und gewünscht haben. Selbst wenn die schlimmsten Befürchtungen nicht zutreffen, müssen wir dennoch darauf gefaßt sein, daß unserem Volke und unserer Industrie die schwersten Opfer zugemutet werden, die jemals ein Staat hat tragen müssen. Wenn wir in dieser Zeit die Hoffnung nicht verlieren sollen, so wollen wir daran denken, daß auch Preußen nach dem Tage von Jena und Tilsit daniederlag und sich trotzdem aus eigener Kraft wieder emporgeschwungen hat. Was seinerzeit Preußen gelang, müßte einem geeinten Deutschland nicht unmöglich sein, wenngleich wir damit rechnen müssen, daß hierzu ein langer Zeitraum erforderlich sein wird.

Unsere wichtigste Aufgabe ist daher, an den Wiederaufbau unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens zu denken und mit allen Kräften hierzu beizutragen. Daß gerade unsere deutsche Chemie, die mit ihren Leistungen in der Welt an der Spitze stand, von den Ereignissen schwer getroffen wird, braucht nicht besonders gesagt zu werden. Mit den Schwierigkeiten eines späteren Wettbewerbs mit dem Ausland hat unsere chemische Industrie sowieso gerechnet. Die Gefahr ihrer Knebelung durch die Gegner ist leider zu sehr in die Nähe gerückt. Uneinigkeit und Verständnislosigkeit im Inneren Deutschlands tragen das ihrige dazu bei, die Lage der Industrie noch zu erschweren, anstatt sie durch freudige Hingabe an die Arbeit zu erleichtern.

Uns Chemikern erwächst deshalb die Pflicht, tatkräftig und rastlos mitzuarbeiten an der Wiederherstellung unserer chemischen Wissenschaft und Industrie. Hierzu sind vor allem tüchtige Chemiker notwendig und deshalb muß nach wie vor unser Streben in erster Linie dem Ausbau und der Vertiefung des chemischen Studiums gelten. Jeder, der jetzt das Chemiestudium beginnt oder fortsetzt, muß sich den Gedanken vor Augen halten, daß er nicht nur für seinen Beruf, sondern auch in hohem Maße für unser Vaterland arbeitet. Zur Förderung unserer Industrie ist neben der Mitwirkung der tüchtigsten Kräfte sowohl in den leitenden Stellen als bei den angestellten Chemikern ein einträgliches Zusammenarbeiten die wichtigste Vorbedingung. Es ist nötig, daß die angestellten Chemiker ein Solidaritätsgefühl mit dem Werk besitzen, in dem sie arbeiten und in ihm organisch verwachsen. Andererseits ist es Pflicht der Unternehmungen, die soziale und wirtschaftliche Lage der angestellten Chemiker so zu gestalten, daß der Boden vorhanden ist, auf dem ein solches Gefühl erwachsen kann. Wenn einer von den beiden Teilen, die so aufeinander angewiesen sind, hierbei versagen sollte, so wird nicht nur der andere Teil, sondern die Gesamtheit darunter leiden.

Auch die Pflege der chemischen Literatur müssen wir uns möglichst angelegen sein lassen, damit wir hierin nicht von dem Ausland unterdrückt werden. Gerade für unseren Verein ist es nach Abschluß des Vertrages mit der deutschen chemischen Gesellschaft über das Referatenwesen von allergrößter Bedeutung, daß die bisherigen Mitglieder uns treu bleiben, unser Zeitschriftenunternehmen mit Rat und Tat unterstützen, und daß wir zahlreiche neue Mitglieder gewinnen. Die jetzige neue Einteilung unserer Zeitschrift macht es auch jüngeren Mitgliedern und Studierenden möglich, zu einem geringeren Beitrage als früher Mitglieder unseres Vereins zu werden, und unsere Bestrebungen zu verfolgen und zu fördern. Möge dieser Wunsch von allen Chemikern, die unserem Verein noch nicht angeschlossen sind, gehört und befolgt werden.

Die neuen Zeiten machen dem Chemiker aber auch die stärkere Beteiligung im öffentlichen und politischen Leben zur Pflicht. Der Beruf des Chemikers erfüllt sich nicht nur in der Arbeit in der Studierstube, sondern er ist ein eminent praktischer Beruf. Gerade deshalb sollten wir aber auch versuchen, mehr im öffentlichen Leben mitzuwirken. Wir haben jahrelang danach gestrebt, daß die Schranken die dem entgegenstehen, sowie die einseitige Bevorzugung der juristisch Gebildeten, fallen sollen. Wenn je, so ist der Zeitpunkt zu dieser Reform jetzt gekommen. Ähnlich lag es ja auch auf anderen Gebieten. Wir haben während des Krieges gesehen, welche unseres Standes unwürdige Behandlung leider vielen unserer Kollegen in ihren militärischen Stellungen zuteil geworden ist. Trotz verständiger und wohlgemeinter Verfügungen der höheren Stellen waren in vielen Fällen die Bemühungen vergebens, über die chinesische Mauer hinwegzukommen, die eine rein militärische, dem Verständnis für Chemie als Wissenschaft und Beruf fremde Organisation um sich gezogen hat.

Wir sehen nun, daß heutzutage alle Verbände akademisch-technischer Berufe die Forderungen nach voller Gleichstellung mit anderen akademischen Berufsständen auf ihre Fahne geschrieben haben und endlich ihre Verwirklichung zu erreichen hoffen. Wir haben in unseren gesetzgebenden Körperschaften des Reichs und der Einzelstaaten, in den Behörden und Verwaltungen bisher viel zu wenig Chemiker — wie überhaupt technisch gebildete Persönlichkeiten — gehabt. Hierin ist eine Änderung unbedingt erforderlich. Wir Chemiker wollen gewiß nicht nach politischer Macht für unseren Stand streben, aber nach einer verstärkten Mitwirkung in allen Fragen unseres politischen und öffentlichen Lebens. Der Chemiker ist durch seine praktische Arbeit und durch seine Schulung unbedingt berechtigt, hierbei mit jedem anderen Berufe auf die gleiche Stufe gestellt zu werden. Es ist dies nicht nur eine sachliche, sondern auch eine soziale Forderung. Die Scheu, die viele von uns gehabt haben sich in die öffentliche Arena zu begeben, muß überwunden werden, wenn nicht unser Beruf und unser Stand neben anderen beiseite stehen sollen.

Wenn wir diese Ziele erreichen wollen, so muß aber ein gesteigertes Gefühl der Zusammengehörigkeit in unserem Stand Platz greifen und sich sowohl nach innen wie nach außen hin kundgeben. Bei einem über ganz Deutschland verteilten Verein ist dies nicht ganz leicht. In erster Linie müssen daher die Bezirksvereine das Nötige hierzu beitragen. Ein reges Vereinsleben in ihnen ist ebenso notwendig wie eine stärkere Fühlung zwischen ihnen mit der Vereinsleitung. Schon bei Antritt meines Amtes habe ich ausgesprochen, für wie wertvoll ich eine solche engere Beziehung des Vorstandes und des Vorsitzenden mit dem Bezirksverein halte. Die alljährliche Begegnung mit Kollegen auf der Hauptversammlung genügt nicht zu einer Aussprache über alle diejenigen Fragen, die unseren Verein berühren. Es ist erforderlich, auch in der Zwischenzeit in engerer Verbindung zu bleiben und zusammenzuarbeiten. Wenn eine persönliche Aussprache oder ein schriftlicher Austausch nicht zu erreichen ist, so steht unsere Vereinszeitschrift unseren Mitgliedern zur Erörterung wichtiger Fragen zur Verfügung. Gerade die Rubrik für soziale und wirtschaftliche Fragen ist hierfür geschaffen. Durch eine rege Vereinstätigkeit und ein stetes straffes Zusammenarbeiten wird sicherlich die Bedeutung unserer Hauptversammlung noch zunehmen, die sich während der Kriegsjahre im wesentlichen nur mit Geschäftsfragen und den dringendsten Angelegenheiten befassen konnte. Besonderes Gewicht wird auch auf die wirtschaftlichen und sozialen Fragen zu legen sein. Unser sozialer Ausschuß, der als Berater des Vorstandes in diesen Dingen gedacht ist, hat nach der unfreiwilligen Unterbrechung durch den Krieg seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Sie wird um so ersprießlicher werden, je mehr die Mitglieder unseres Vereins selbst, die Bezirksvereine und die Stellenvermittlungen mit ihm Fühlung halten.

Eine Frage, die schließlich mit dem vorstehend Besprochenen zusammenhängt, ist die, wie wir die allgemeine Organisation unseres Vereins ändern können, um seine Entwicklung zu fördern. Manches ist jetzt überlebt und nicht mehr zeitgemäß. Es wird u. a. zu erwägen sein, ob man den Vorstandsrat nicht beweglicher gestalten und auch im Laufe des Geschäftsjahrs mehr zur Mitwirkung heranziehen kann. Man wird auch daran denken müssen, eine Vergrößerung des Vorstandes durch Hinzuziehung weiterer angestellter Chemiker vorzunehmen. Der Vorstand wird sich im neuen Jahr baldigst mit diesen Fragen eingehend zu beschäftigen haben, und ich bin für Anregungen und Wünsche, die aus dem Kreise unserer Mitglieder gemacht werden sollten, dankbar. Eins müssen wir uns aber auch hierbei vor Augen halten, daß es sich nicht nur darum handeln darf, Bestehendes umzustürzen, sondern daß wir auch etwas Lebensfähiges und Besseres schaffen müssen für einen kräftigen weiteren Aufbau.

Was wir nach innen und außen in den kommenden Tagen leisten müssen ist Arbeit, Arbeit und immer wieder Arbeit im Dienste unseres Berufes und zum Wohle unseres Vaterlandes. Möchten sich bei dieser Arbeit alle Chemiker freudig um die Fahne unseres Vereins scharen, um in engem Zusammenwirken aller seiner berufenen Organe der deutschen Chemie und dem deutschen Vaterlande zu dienen.

Die Bestrebungen des „Bundes technischer Berufsstände“.

Von

Prof. Dr. H. GROSSMANN, Berlin.

(Eingeg. 7./12. 1918.)

Schon seit langer Zeit haben sich einzelne Vertreter der Technik und Verbände¹⁾ bemüht, den Einfluß der technischen Berufsstände in Staat und Gesellschaft und besonders auch in den Regierungen und Parlamenten im Interesse einer ruhigen und erfolgreichen Entwicklung zu verstärken. Es konnte daher nicht überraschen, daß in der schweren Krise, welche Deutschland schon vor dem Ausbruch der Revolution hat durchmachen müssen, derartige Bestrebungen aufs neue mit Macht hervorgetreten sind. Über diese für die Zukunft sicherlich höchst bedeutungsvollen Arbeiten in den Grundzügen informiert zu werden, haben auch die Mitglieder des Vereins deutscher Chemiker ein volles Recht, um so mehr als diese Bestrebungen in der letzten Zeit bereits zu einer auch politisch beachtenswerten Entwicklung geführt haben, die es durchaus notwendig erscheinen läßt, daß auch in weiteren Kreisen der deutschen Chemiker ein noch tätigeres Interesse an diesen Arbeiten genommen wird.

Am 5./11. d. J. wurde in den Räumen des Vereins deutscher Ingenieure auf Einladung von Herrn Oberingenieur Siegfried Hartmann, Mannheim, des früheren Vorsitzenden des Mannheimer Bezirksvereins deutscher Ingenieure, von etwa 30 Herren eine „Staatsbürgliche Ingenieurvereinigung“ gebildet, mit dem Ziele, eine stärkere Beteiligung der Ingenieure am öffentlichen Leben herbeizuführen. Über die Gründung dieser neuen Vereinigung erschienen in einigen Tageszeitungen kurze Notizen, die den Vf. der folgenden Ausführungen veranlaßten, in Beziehung zu dem neugebildeten Ausschuß zu treten. In einer Ausschußsitzung im Hause des Architektenvereins zu Berlin zeigte sich bereits ein sehr reges Interesse von Seiten anderer technischer Vereine, die dem Ausschuß Veranlassung gab, eine Werbeversamm-

¹⁾ Hier wäre besonders auch die meist aus Staatsbeamten und Ingenieuren bestehende „Deutsche technische Gesellschaft“ zu Berlin-Wilmersdorf zu nennen, die schon seit Jahren ähnliche Ziele vertreten hat.

lung in die technische Hochschule einzuberufen, wobei nach einem einleitenden ausführlichen Referat von Herrn Oberingenieur Hendrichs und längerer Diskussion folgende Entschließung angenommen wurde:

„Das alte Deutschland liegt in Trümmern, es gilt ein neues, besseres aufzubauen. Der Blick darf nicht mehr rückwärts, er muß vorwärts gerichtet sein. Ein jeder Deutsche hat hierbei Hilfe zu leisten.“

► Aus diesem Pflichtbewußtsein heraus haben sich zahlreiche Angehörige der verschiedensten technischen Berufsstände zu einem Bund zusammengeschlossen. Dieser Bund soll die bestehenden Fachvereine und wirtschaftliche Organisationen nicht ersetzen, sondern sie ergänzen und umfassen: Die ganze deutsche technische Welt soll im Geist der neuen Zeit zusammengeführt werden.

Er erwartet hierbei von der deutschen Presseverständnisvolle Unterstützung.

Der Bund will auf rege Anteilnahme auch der technischen Geistesarbeiter am öffentlichen Leben hinwirken. Der Bund verlangt andererseits für die Mitglieder der technischen Berufsstände, daß ihm in der staatlichen und kommunalen Verwaltung und im Wirtschaftsleben die Stellen eingeräumt werden, auf die sie kraft ihrer Leistung Anspruch haben; die bisher geübte Zurücksetzung muß zu Ende sein.

Diese Forderung wird nicht erhoben um Standesbestrebungen durchzusetzen, sondern in der Überzeugung, daß nur durch deren Erfüllung die der technischen Arbeit innewohnende wirtschaftliche Kraft in höchstem Maße für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zum Heil des Volkes zur Geltung gebracht werden kann.

Der Bund wird Arbeit leisten nach innen an seinen Mitgliedern zur politischen Schulung und Vertiefung sozialer und staatswissenschaftlicher Kenntnisse, nach außen zur Aufklärung weitester Volkskreise über die fundamentale Bedeutung der technischen Arbeit.

Der Bund stellt sich rückhaltlos auf den Boden der freien demokratischen Staatsverfassung, ohne von seinen Mitgliedern das Kennenntnis zu einem bestimmten Parteiprogramm zu verlangen. Er will mit der deutschen Arbeiterschaft zusammen zum Besten des Volkes wirken.

Am Schluß seines ersten Diskussionsabends fordert er mit allem Nachdruck die sofortige Einberufung einer großdeutschen Nationalversammlung auf Grund der allgemeinen gleichen Verhältniswahl